

## **Unterrichtung**

**durch die Bundesregierung**

### **Zeit- und Maßnahmenplan für einen Realisierungsvorschlag zur Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur deutschen Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkriegs**

Mit Beschluss vom 9. Oktober 2020 (Bundestagsdrucksache 19/23126) fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, einen Realisierungsvorschlag zur Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte vorzulegen, die fokussiert der Geschichte und Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft gewidmet ist. Der Realisierungsvorschlag soll die Gedenkstättenkonzeption des Bundes und die Programmarbeit der NS-Gedenkstätten und historischen Museen berücksichtigen. Bezogen auf den Realisierungsvorschlag soll bis zum 31. Dezember 2020 ein Zeit- und Maßnahmenplan vorgelegt werden.

Der Zweite Weltkrieg und die Gewalt und Verbrechen der Deutschen prägen bis heute Europa. Die Umsetzung des Vorhabens erfordert gleichermaßen tiefgehende historische Analyse wie Rücksichtnahme auf Forschungen, Bewertungen und Gedenken in den Ländern, die Opfer deutscher Besatzung wurden. Um der Gefahr einer rein additiven und der historischen Komplexität nicht gerecht werdenden Darstellung von über 20 verschiedenen nationalen Gewalterfahrungen zu begegnen, wird der Fokus auf den von Deutschland in den Jahren 1939 bis 1945 ausgehenden unterschiedlichen Formen der Gewaltausübung liegen. Dabei soll zum einen die Verbindung von rassenideologischer Eroberungspolitik, Gewaltandrohung, Krieg und Diplomatie behandelt werden wie auch die Praxis der Gewalt in ihren verschiedenen Formen dargestellt werden. So wird es Schwerpunkte in Bezug auf u. a. Sterilisierungen und Ermordungen von Menschen mit Behinderung, kalkuliertes Verhungernlassen, Einsatz von Gaswagen und Gaskammern, Massaker und Massenerschießungen, Zwangsarbeit und Zwang zu Kollaboration geben. Auf diese Weise wird die Geschichte Europas unter deutscher Besatzung in bisher einmaliger Weise im Zusammenhang dokumentiert und dargestellt. Die dauerhaft installierte Dokumentation soll in Wechselausstellungen ständig durch die Darstellung der vielfältigen und auch gegenläufigen Gedächtnisgeschichten dieser Verbrechen ergänzt werden. Während die Dauerausstellung die Gewaltereignisse, die von Deutschland ausgingen, darstellen wird, fokussieren sich die Wechselausstellungen aber auch weitere Vermittlungsformate auf die Fragen von Erinnern und Gedenken und deren Geschichte und Gegenwart.

Zur Umsetzung des Beschlusses (Bundestagsdrucksache 19/23126) sind die folgenden Maßnahmen geplant:

- Die Federführung bei der Erarbeitung des Realisierungsvorschlags wird bei der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM) liegen. Das DHM hat den Stiftungszweck, die gesamte deutsche Geschichte in ihrem europäischen Zusammenhang darzustellen und ist damit prädestiniert, diese komplexe Aufgabe zu bewältigen. Zu diesem Zweck wird beim DHM eine Stabsstelle mit drei Beschäftigten errichtet. Entsprechende Stellen hat

- der Deutsche Bundestag mit dem Haushalt für das Jahr 2021 bereits beschlossen. Die Ausschreibungen erfolgen in Kürze.
- Der Präsident des DHM beruft eine Wissenschaftliche Arbeitsgruppe aus profilierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein, die das DHM berät (zur geplanten Zusammensetzung vgl. Anlage). Dieser Arbeitsgruppe wird es insbesondere obliegen, Forschungsergebnisse, Kontroversen und Gedanken bezüglich der deutschen Besetzungen jeweils aus internationaler und nationaler Perspektive zu analysieren. Der Präsident des DHM wird der Arbeitsgruppe vorsitzen.
  - Darauf aufbauend beruft der Präsident des DHM eine Arbeitsgruppe „Erinnern und Gedenken“. In diese werden Expertinnen und Experten diesbezüglich profilierter Einrichtungen (zur geplanten Zusammensetzung vgl. Anlage) eingebunden. Sie befassen sich u.a. mit dem Verhältnis der neu zu gründenden Einrichtung zu bestehenden Erinnerungsorten und Museen.
  - Der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas wird beiden Arbeitsgruppen angehören, um entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages die Expertise dieser Einrichtung einzubeziehen.
  - Angesichts der Tatsache, dass es sich bei den zwischen 1939 und 1945 besetzten Gebieten um weit über 20 damalige und heutige Gemeinwesen handelt, ist es nicht möglich, all diese Gemeinwesen in der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe abzubilden. Daher werden in einem weiteren Schritt – aufbauend auf ersten Ergebnissen der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe – ad hoc weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hinzugezogen werden, um das Ausmaß der Gewaltgeschichte möglichst umfassend zu begreifen. Die ständige Ausstellung wird die von Deutschen begangenen Taten in all diesen Gebieten ins Zentrum stellen.
  - Bis zum Ende des Jahres 2021 wird vom DHM mit Hilfe der genannten Arbeitsgruppen ein Realisierungsvorschlag erarbeitet. In ihm werden auch die künftigen Gremien der zu schaffenden Einrichtung ausgeführt sowie Vorschläge für einen Standort erarbeitet und finanzielle Aspekte spezifiziert. Benötigt werden Angaben zum Personaltableau, zur Größe von Ausstellungsflächen für die Dauer- und Wechselausstellungen sowie die Raumbedarfe für unterschiedliche Formen und Formate des internationalen Austauschs verschiedener Zielgruppen, für die Bildungsarbeit sowie für Gedenken und Erinnerung.

**Zeitplan:**

- Ab Januar 2021: Einrichtung einer Stabsstelle beim DHM zur federführenden Erarbeitung eines Realisierungsvorschlags im Sinne des Beschlusses des Deutschen Bundestags vom 9. Oktober 2020.
- Bis Ende Februar 2021: konstituierende Sitzungen der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe und der Arbeitsgruppe „Erinnern und Gedenken“.
- Bis spätestens Anfang Juni 2021: Information des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags über den Arbeitsstand des Realisierungsvorschlags durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das DHM.
- Bis Ende 2021: Überreichung des vom DHM entwickelten Realisierungsvorschlags an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.
- Erstes Quartal 2022: Beteiligung fachlich betroffener Ressorts innerhalb der Bundesregierung; danach Übermittlung des Realisierungsvorschlags an den Deutschen Bundestag.

**Anlage**

**Geplante Zusammensetzung der Arbeitsgruppen**

**Wissenschaftliche Arbeitsgruppe**

- Prof. Dr. Dan Diner
- Dr. Gaël Eismann
- Prof. Dr. Hagen Fleischer
- Prof. Dr. Gelinada Grinčenko
- Prof. Dr. Christhard Hoffmann
- Prof. Dr. Volkhard Knigge
- Prof. Dr. Werner Konitzer
- Dr. Ekaterina Makhotina
- Prof. Dr. Igor Narskij
- Uwe Neumärker
- Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum
- Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier
- Dr. Zofia Wóycicka

Vorsitz: Prof. Dr. Raphael Gross

**Arbeitsgruppe „Erinnern und Gedenken“**

- Floriane Azoulay (Arolsen Archives)
- Dr. Christine Glauning (Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Schöneweide)
- Dr. Elke Gryglewski (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten)
- Deborah Hartmann (Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz)
- Ulrike Kretzschmar (Stiftung Deutsches Historisches Museum)
- Dr. Jörg Morré (Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst)
- Uwe Neumärker (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas)
- Dr. Andrea Riedle (Stiftung Topographie des Terrors)
- Prof. Dr. Jörg Skriebeleit (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg)
- Prof. Dr. Johannes Tuchel (Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand)
- Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora)

Vorsitz: Prof. Dr. Raphael Gross

